

KEIN SICHERES ZUHAUSE

Rassismus im Wohnumfeld



Diskriminierungen bei der Wohnungsvergabe, Beleidigungen im Treppenhaus, bis hin zu körperlichen Angriffen – rassistische Anfeindungen im Wohnumfeld belasten Betroffene schwer. © Opferperspektive

Beleidigungen im Treppenhaus, zerstörte Briefkästen, rechte Schmierereien bis hin zu körperlichen Angriffen – aktuell wenden sich immer mehr Menschen hilfesuchend an die Opferperspektive, weil sie rassistische Anfeindungen durch ihre Nachbar*innen erleben. Für die Betroffenen hat diese Form von Diskriminierung und Gewalt weitreichende Folgen: Sie können sich in ihrem privatesten Schutzraum – ihrer Wohnung – nicht mehr sicher fühlen. Statt eines Rückzugsorts wird ihr Zuhause zu einem Ort ständiger Sorge und Unsicherheit.

Besonders häufig treffen die Anfeindungen Familien mit Kindern. Viele Betroffene berichten von Nachbar*innen, die sie wegen angeblicher Lärmbelästigung terrorisieren und dabei aus ihrem Rassismus keinen Hehl machen. Ihre Kinder trauten sich dadurch nicht mehr alleine vor die Tür oder litten unter Alpträumen.

Angetrieben werden die rassistischen Nachbar*innen von dem Wunsch, die Betroffenen aus ihrem Wohnumfeld zu vertreiben. Hier zeigt sich die Konsequenz der zunehmend migrationsfeindlichen gesellschaftlichen Debatten:

Rassist*innen fühlen sich bestärkt, Menschen zu drangsalieren, die ihrer Meinung nach „nicht hierher gehören“.

Statt die Perspektiven und Erfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte oder Geflüchteten sowie das hohe Maß rassistischer Gewalt ernst zu nehmen, behandeln Politik und Medien sie allzu häufig selbst als gesellschaftliches Problem. Unterstützungsstrukturen wie Migrationsberatungsstellen und Integrationskurse werden massiv gekürzt.

So fühlen sich viele Betroffene von rassistischen Anfeindungen im Wohnumfeld allein gelassen und erleben einen Mangel an Interesse und Unterstützung durch die Nachbarschaft und ihre Vermieter*innen. Oft ziehen sich die Schikanen über Monate oder sogar Jahre, ohne dass die Hausverwaltung nennenswerte Maßnahmen ergreift. Anzeigen laufen ins Leere, Prozesse dauern sehr lange. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und häufig diskriminierender Praktiken in der Wohnungsvergabe ist es für sie besonders schwer, eine andere Wohnung zu finden. So müssen sie oft über lange Zeit in dieser belastenden Situation ausharren.

Mit diesem Schattenbericht wollen wir den Blick auf diese Realität lenken. Mit unserer Gewaltopferberatung und Antidiskriminierungsberatung unterstützen wir Ratsuchende darin, ihre Rechte durchzusetzen und auch Vermieter*innen in die Pflicht zu nehmen. Zugleich sehen wir es als unsere Aufgabe an, ein öffentliches Bewusstsein für das Ausmaß und die tiefgreifenden Folgen rassistischer Diskriminierung und Gewalt für die Betroffenen zu schaffen. Wir geben Einblicke in die Fallarbeit und zeigen, welche Maßnahmen helfen können, rassistischer Diskriminierung und Gewalt im Wohnumfeld entgegenzuwirken.

INHALT

- 01 KEIN SICHERES ZUHAUSE
- 02 INTERVIEW: „WIR SIND IMMER UNTER STRESS“
- 03 VOR ORT: POTSDAM, COTTBUS, BRANDENBURG
- 04 KURZNACHRICHTEN

„WIR SIND IMMER UNTER STRESS“

Wie Rassismus aus der Nachbarschaft eine ganze Familie einschüchtert

Herr D. und Frau K. leben mit ihren Kindern in einer Stadt in Südbrandenburg. Sie arbeiten, bringen ihre Kinder in die Kita und haben sich ein Zuhause aufgebaut. Doch seit Jahren überschatten rassistische Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe aus der Nachbarschaft ihr Leben. Die Opferperspektive begleitet und unterstützt die Familie seit längerem.

„Das Leben hier ist ganz schwer“, erzählt Herr D. über seine Wohnsituation. „Wir beide arbeiten den ganzen Tag und wenn wir nach Hause kommen, dann gibt es ganz viel Stress durch eine Nachbarin. Die Kinder spielen und die Nachbarin kommt und sagt: ‚Du scheiß Ausländer!‘“

Fast täglich beschwert sich die Nachbarin über Geräusche aus der Wohnung, tritt gegen die Wohnungstür und entlädt ihren Unmut in rassistischen Beleidigungen. Seit etwa zweieinhalb Jahren dauert das bereits an.

Was die Familie erlebt, ist kein Einzelfall. Viele migrantisierte Menschen erleben ähnliche Anfeindungen. Unter haltlosen Vorwänden setzen Nachbar*innen sie immer wieder rassistischen Angriffen aus – oft getrieben von einem regelrechten Ordnungs- und Ruhewahn. Die Familie hat ihren Alltag inzwischen komplett angepasst. Damit die Kinder leise sind, bekommen sie oft das Handy in die Hand. „Ich würde gerne meinen Kindern nicht erlauben, mit dem Handy zu spielen, aber ich habe keine Wahl. Die Nachbarin ist immer zu Hause und guckt, ob es laut ist. Jeden Tag das Gleiche“, berichtet Herr D.

„Warum darf ich nicht spielen?“

Auch Frau K. beschreibt, wie sehr die Situation ihr Leben bestimmt: „Jeden Tag gehe ich zur Arbeit und wenn ich nach Hause komme, bin ich nur angespannt.“ Sobald die Kinder spielen, komme die Nachbarin und sage: „Du bist scheiße, deine Kinder sind

scheiße. Geh zurück in dein Land. Das ist Deutschland, das ist nicht dein Land.“

Die Sorge vor Konflikten bestimmt inzwischen selbst alltägliche Entscheidungen: Besuche werden abgesagt, Kindergeburtstage ausgelagert, freie Tage nach den Ruhezeiten der Nachbarin geplant. Herr D. sagt: „Wenn wir Besuch haben, dann ist immer Stress. Deswegen laden wir schon niemanden mehr ein.“

Besonders belastet die Eltern, wie sehr die Kinder die Ausgrenzung wahrnehmen. „Mein großer Sohn fragt immer: ‚Mama, warum darf ich nicht spielen, alle Kinder spielen, warum darf ich nicht zu Hause spielen?‘“, erzählt Frau K.

Herr D. berichtet: „Mein Kind versteht, dass es Ausländer ist. Es sagt mittlerweile, dass es besser ist, wieder nach Indien zu gehen. Weil, da sagt keiner, wir sind ‚scheiß Ausländer!‘“

Mit den Problemen allein gelassen

Die Familie wandte sich an die Hausverwaltung, die verwies sie an die Polizei. Eine Anzeige brachte kurz Ruhe, dann gingen die Schikanen von vorne los. Auch ein Gerichtsverfahren brachte keine dauerhafte Veränderung. Die Hausverwaltung sprach schließlich eine Kündigung aus. Doch bis heute wohnt die Nachbarin weiter im Haus. Für Herrn D. und Frau K. wurde damit deutlich, wie mühsam es ist, sich gegen den alltäglichen Rassismus nachhaltig zu wehren.

In anderen Beratungsfällen spielt sich Ähnliches ab: Hausverwaltungen, die sich nicht zuständig sehen, eine Polizei, die Rassismus nicht erkennen will und Vorfälle als „Nachbarschaftsstreitigkeit“ abtut. Und selbst wenn die Hausverwaltung reagiert, Mahnungen ausspricht und den Angreifenden sogar kündigt, folgen oftmals langjährige Rechtsstreits. Die betroffenen Familien müssen die Anfeindungen oft über lange Zeiträume weiter ertragen.



Der Fall der Familie D. und K. zeigt, wie zermürbend der Kampf um Schutz und Anerkennung ist. © Opferperspektive

„Wir wollen einfach nur Respekt, mehr nicht“, sagt Herr D. Frau K. ergänzt: „Ich will meine Kinder glücklich aufwachsen sehen. Und ich will Freunde zu mir einladen können.“

Besonders belastend ist die Situation jetzt, da Frau K. erneut schwanger ist. „Unser drittes Kind ist unterwegs und ich habe so große Angst. Ich spüre einen großen Druck“, erzählt sie. Die Familie will so schnell wie möglich umziehen – doch eine Wohnung zu finden ist schwierig.

Der Fall zeigt, wie tief rassistische Anfeindungen in das Privatleben und Wohlergehen eingreifen können – ganz besonders im unmittelbaren Wohnumfeld. Und er zeigt, wie langwierig und zermürbend der Kampf um Schutz und Anerkennung ist. Umso wichtiger sind solidarische Nachbar*innen, die zuhören und Betroffene ernst nehmen – und Beratungsstellen, die sie darin unterstützen, sich zur Wehr zu setzen.

VOR ORT

POTSDAM

Eine Familie wird seit mehreren Jahren von ihrem rassistischen Nachbarn terrorisiert. Der Täter hatte bereits vorher eine andere Familie mit Migrationshintergrund so lange schikaniert, bis diese umziehen musste.

Er beleidigt die Familie immer wieder rassistisch, schlägt ihnen Haus- und Kellertüren vor der Nase zu und rempelt sie im Treppenhaus an. Mit einer Drohne filmt er in den Wohnbereich der betroffenen Familie. Im März dieses Jahres schubst der Täter die Mutter hinterrücks im Treppenhaus und versucht den Vater erst mit dem Akku seines Elektrofahrrads zu schlagen und dann mit Pfefferspray anzugreifen. Auch die drei Kinder der Familie sind durch die Bedrohungssituation schwer belastet.

Die betroffene Familie zeigt die Übergriffe mehrmals bei der Polizei an, viele der Verfahren werden jedoch eingestellt.

COTTBUS

Im April kommt es in Cottbus zu einer ganzen Welle von rechten Angriffen.

Am 16. April wird die Sprecherperson der Linksjugend auf ihrem Fahrrad von einem ebenfalls fahradfahrenden jugendlichen Neonazi bedrängt. Der Täter bremst die betroffene Person aus, stellt sich in den Weg, verhöhnt die Person und fordert, eine sichtbar mit antifaschistischen Symbolen versehene Tasche herauszugeben.

Am selben Tag wird der Studierendenpfarrer aus dem Umfeld der Initiative „Sichere Orte Südbrandenburg“ in seinem Wohnhaus angegriffen. Zwei Neonazis treten die Haustür ein, dringen mehrere Stockwerke bis zur Wohnung vor, randalieren vor der Tür und hinterlassen zudem rechte Aufkleber am Briefkasten.

In einem Park in der Innenstadt wird zudem ein junger Mann bedroht, als „Scheiß Zecke“ beleidigt und aufgefor-



Zum wiederholten Mal wurde das Regenbogenkombinat Cottbus zum Ziel queerfeindlicher Attacken. © Regenbogenkombinat Brandenburg

dert, den Ort zu verlassen. Als er gehen will, treten ihm die Rechten in den Rücken. Am folgenden Wochenende eskaliert eine Semester-Eröffnungsparty der BTU Cottbus, bei der Zeug*innen von rassistischen Beleidigungen berichten.

An dem Hausprojekt Zelle79 wird die Fassade mit rechtsextremen Parolen beschmiert und eine Pride-Flagge in Sichtweite des Hauses verbrannt.

Außerdem kommt es zu einem Angriff bei einer Sonderfahrt der Tram: Zwei Männer versuchen teilzunehmen, werden jedoch wegen der geschlossenen Veranstaltung abgewiesen. Einer der beiden zeigt daraufhin den Hitlergruß und setzt gezielt Pfefferspray ein, wobei ein 59-jähriger Fahrgast verletzt wird.

In der darauf folgenden Woche wird eine brennende Fackel in den Hausflur des Projekts WK51 geworfen. Es kommt zu starker Rauchentwicklung und das Gebäude muss evakuiert werden. Am selben Wochenende wird die Cottbuser Synagoge zweimal mit rechtsextremen Symbolen beschmiert. Eine weitere Woche später werden drei Regenbogenbanner am Regenbogenkombinat Cottbus mit Farbe beschmiert.

BRANDENBURG AN DER HAVEL

Eine junge Familie zieht nach langer vergeblicher Wohnungssuche in Potsdam im Oktober 2025 nach Brandenburg an der Havel. In ihrer neuen Wohnung werden sie über Monate aus rassistischen Gründen bedroht. Vermummte hämmern mehrmals nachts gegen ihre Wohnungstür, drohen einzubrechen und ihnen etwas anzutun. Sie schreien rassistische Beleidigungen, einmal beschmieren die Unbekannten ihre Wohnungstür mit Hakenkreuzen. Das Kind der Familie ist zum Zeitpunkt der Angriffe erst wenige Wochen alt. In der Folge sind die Eltern stark belastet, sie fühlen sich in ihrer Wohnung nicht mehr sicher und leben in ständiger Angst, dass die Täter ihnen und ihrem Kind etwas antun. Der informierte Vermieter unternimmt nichts und die Polizei ist bisher nicht in der Lage, die Täter zu identifizieren.

Durch unermüdliche Suche und mit Unterstützung der Opferperspektive konnte die Familie eine neue Wohnung in Potsdam finden.



Bei der Attacke auf das Wohnhaus des Sprechers der Initiative „Sichere Orte Südbrandenburg“ hinterlassen die Angreifer auch rechte Aufkleber am Briefkasten. © Losmachen e.V.

ZUM TOD VON IBRAIMO ALBERTO

Am 10. April 2026 ist Ibraimo Alberto mit nur 63 Jahren völlig unerwartet verstorben. Mit ihm verliert Brandenburg eine der wichtigsten migrantischen Stimmen des Landes – einen Menschen, der über Jahrzehnte gegen Rassismus, Ausgrenzung und Entwürdigung gekämpft hat.

1981 kam Ibraimo Alberto als Vertragsarbeiter aus Mosambik in die DDR. Später lebte er mehr als zwei Jahrzehnte in Brandenburg. Hier war er Boxer, Sozialarbeiter, Jugendclubmitarbeiter, Kommunalpolitiker und über viele Jahre ehrenamtlicher Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragter der Stadt Schwedt.

Mit der Opferperspektive verband Ibraimo Alberto der gemeinsame Einsatz gegen Rassismus und rechte Gewalt in Brandenburg sowie die Unterstützung von Menschen, die davon betroffen waren. Immer wieder vermittelte er Menschen an unsere Beratungsstellen, begleitete Betroffene oder machte auf Übergriffe aufmerksam. Gleichzeitig war er auch selbst von rassistischen Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen betroffen. Besonders

eindrücklich blieb seine Beschreibung des Alltags in Schwedt: „Für Schwarze ist Schwedt ein Spießrutenlauf.“

Viele der von ihm erstatteten Anzeigen verliefen folgenlos. Trotzdem blieb Ibraimo Alberto öffentlich sichtbar und engagiert – nicht verbittert, sondern mit einer beeindruckenden Offenheit und Menschlichkeit.

Nach 23 Jahren in Brandenburg hatten sich die rassistischen Anfeindungen zunehmend auch gegen seine Kinder gerichtet. Für die Familie war das der Punkt, an dem Bleiben nicht mehr möglich schien – 2011 verließen Ibraimo Alberto und seine Familie Brandenburg.

Auch nach seinem Wegzug blieb die Verbindung zur Opferperspektive bestehen. Gemeinsam organisierten wir Veranstaltungen, Gespräche und Lesungen zu Rassismus, rechter Gewalt und den Erfahrungen ehemaliger Vertragsarbeiter*innen in Ostdeutschland. Mit Ibraimo Alberto verlieren wir einen langjährigen Weggefährten und einen Menschen, der viele andere ermutigt hat, nicht zu schweigen und nicht wegzusehen.

Allen Hinterbliebenen sprechen wir unsere tiefe Anteilnahme aus.

Der ausführliche Nachruf ist auf unserer Website zu finden: <https://kurzlinks.de/Ibraimo>.



Ibraimo Alberto - langjähriger Weggefährte, Freund und Kooperationspartner der Opferperspektive. ©Julia Oekers

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

NEUE WEBSEITE DER OPFERPERSPEKTIVE

Wir freuen uns, die neu gestaltete Webseite der Gewaltopferberatung der Opferperspektive vorzustellen: www.opferperspektive.de Die Seite kommt nicht nur in neuem Design daher, sie bietet insbesondere Ratsuchenden noch bessere Orientierung und ist barrierefrei gestaltet, sodass alle Menschen sie möglichst optimal nutzen können.

Wir freuen uns über Feedback an: presse@opferperspektive.de

PROJEKTE DER DEMOKRATIEARBEIT SCHLAGEN ALARM

Die Opferperspektive und andere Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt werden maßgeblich durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ gefördert. Nun plant das Familienministerium massive Änderungen, die die Existenz von bundesweit rund 200 Projekten bedrohen. Dies reiht sich ein in das zunehmende Misstrauen und die Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die nicht nur von der extremen Rechten gezielt befeuert wird, sondern

inzwischen bis weit in die Union reicht. Betroffen ist auch unser Bundesverband (VBRG). Mit der auslaufenden Förderung droht das Ende der bundesweiten Qualifizierung und Weiterentwicklung der Opferberatungsstellen.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen setzen wir uns dafür ein, statt der angekündigten Änderungen tragfähige Perspektiven für die Zukunft des Programms zu entwickeln und die spezialisierte Opferberatung bundesweit abzusichern.

SPENDENKONTO

SOZIALBANK

IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33XXX PAYPAL: info@opferperspektive.de

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
www.opferperspektive.de

Tel: +49 (0) 331 8170000
info@opferperspektive.de
Redaktion: Robin Herz



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

WENN DAS ZUHAUSE KEIN SCHUTZRAUM MEHR IST



Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet Vermieter*innen, bei der Vergabe von Wohnungen diskriminierungsfrei zu handeln. © Opferperspektive e.V.

Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie ist Rückzugsort, Lebensmittelpunkt, privater Raum. Hier schlafen Kinder, hier wird gekocht, gelernt und getröstet. Hier soll Sicherheit beginnen. Doch für viele Menschen beginnt Unsicherheit bereits vor dem Einzug: bei unbeantworteten Wohnungsanfragen, undurchsichtigen Auswahlverfahren oder Absagen, die nicht begründet werden. Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zeigt sich oft verdeckt. Sie wird sichtbar, wenn Bewerbungen unbeantwortet bleiben, Wohnungen angeblich schon vergeben sind oder Menschen als nicht „passend“ für ein Haus oder eine Nachbarschaft wahrgenommen werden.

Wie solche Ausschlüsse wirken, zeigt die Beratungspraxis. Ein migrantisches Paar sucht seit Monaten eine neue Wohnung. Beide schreiben Wohnungsanbieter*innen an, reichen ihre Unterlagen ein und reagieren schnell auf Rückfragen. Dennoch erhalten sie immer wieder gar keine Antwort oder Absagen, die in der Regel nicht begründet werden. In einem Fall wird ihnen mitgeteilt, die Wohnung

sei bereits vergeben. Kurz darauf erfahren sie: Eine andere Familie, die sich erst nach ihnen auf dieselbe Wohnung beworben hatte, ist zur Besichtigung eingeladen – eine *weiße* deutsche Familie.

Jeder vierte Diskriminierungsfall

Zahlreiche Untersuchungen belegen: Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist keine Ausnahme. Zugeschriebene Herkunft oder religiöse Markierung beeinflussen Chancen auf Wohnraum; Benachteiligungen zeigen sich auch bei Mietbelastung und Wohnumfeld. Was Untersuchungen beschreiben, begegnet der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg regelmäßig in der Beratungspraxis. In den vergangenen fünf Jahren bezog sich etwa ein Viertel der gemeldeten Diskriminierungsfälle auf das Thema Wohnen. Auch dort, wo Menschen längst eingezogen sind.

Das zeigt der Fall einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern. Ihr jüngstes Kind ist drei Monate alt. Sechs Monate nach dem Einzug erhält sie die Kündigung der Wohnungsgesellschaft, die

mit angeblicher Kinderlärmbelästigung begründet wird. Die Mutter wurde vorher nicht angehört. In der Beratung berichtet sie: Sie hört keine Musik, empfängt kaum Besuch und hat Teppiche ausgelegt. Zugleich verhalten sich Nachbar*innen gegenüber ihren Kindern feindlich. Sie geht von Rassismus aus. Für die Familie bedeutet die Kündigung den drohenden Verlust eines Zuhauses, auf dessen Stabilität sie angewiesen ist.

Verdeckte Diskriminierung

Diskriminierung ist oft schwer nachweisbar. Sie geschieht verdeckt: durch ausbleibende Rückmeldungen, informelle Vorauswahlen, Sprachbarrieren, digitale Bewerbungsverfahren oder scheinbar neutrale Begründungen, warum bestimmte Menschen nicht in ein Haus oder eine Nachbarschaft passen. Im bestehenden Mietverhältnis erleben Betroffene häufig, dass das rassistische Moment von Vermieter*innen und Hausverwaltungen ausgeblendet und der Vorfall als gewöhnlicher Nachbarschaftskonflikt behandelt wird. So ergeht es auch einer weiteren alleinerziehenden Mutter.

Seit ihrem Einzug wird sie von zwei Nachbar*innen wiederholt rassistisch beleidigt. Sie hämmern an ihre Tür oder beschweren sich über Lärm. Die Familie bewegt sich kaum noch frei in der Wohnung. Solche Fälle machen sichtbar, was rassistische Diskriminierung im Wohnumfeld bedeutet: Kinder erleben, dass ihre Familie unerwünscht ist. Eltern versuchen, möglichst leise zu leben und möglichst wenig aufzufallen. Der Alltag wird enger, vorsichtiger, belasteter.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet Vermieter*innen, bei der Vergabe von Wohnungen diskriminierungsfrei zu handeln. Auch danach endet ihre Verantwortung nicht. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) müssen sie gewährleisten, dass Mieter*innen die Wohnung störungsfrei nutzen können. Dazu gehört auch, rassistisch motivierte Belästigungen

durch Nachbar*innen ernst zu nehmen. Werden Beschwerden ungeprüft übernommen, Betroffene nicht angehört oder bleiben Meldungen ohne Reaktion, entsteht ein gefährliches Signal: Diejenigen, die diskriminieren, fühlen sich bestätigt. Betroffene verlieren Vertrauen und Sicherheit.

Deshalb braucht es verbindliche Maßnahmen: diskriminierungsfreie Auswahlverfahren, Sensibilisierung, Standards für beauftragte Firmen, Antidiskriminierungsklauseln in Hausordnungen und transparentes Konfliktmanagement. Wenn Betroffene rassistische Motive benennen, darf dies nicht abgetan werden.

Kommunale Verantwortung

In Brandenburg kommt den Kommunen besondere Verantwortung zu. Viele Wohnungen werden durch kommunale Wohnungsgesellschaften vermietet. Kommu-

nalpolitik und Verwaltung sollten ihren Einfluss nutzen: für klare Standards, Beschwerdewege und Schutz für Betroffene. Knapper Wohnraum verschärft Diskriminierungsrisiken. Sozialer Wohnungsbau ist deshalb auch Diskriminierungsschutz.

Auch Nachbar*innen sind gefragt. Wer rassistische Beleidigungen oder Schikanen mitbekommt, darf nicht wegsehen. Unterstützung kann bedeuten, Betroffene anzusprechen, Vorfälle zu dokumentieren oder sich gegenüber der Hausverwaltung klar zu positionieren.

Am Ende bleibt eine einfache Frage: Wer kann sich zu Hause sicher fühlen? Für die betroffenen Familien entscheidet sich das nicht abstrakt, sondern im Alltag: Daran, ob Vermieter*innen handeln, Hausverwaltungen zuhören und Nachbar*innen nicht wegsehen, wenn rassistische Diskriminierung geschieht.

WIR BERATEN WEITER

In den vergangenen Monaten haben wir mit großer Unterstützung aus Zivilgesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften um die Fortsetzung der allgemeinen Antidiskriminierungsberatung gekämpft. Trotz zahlreicher E-Mails, Gespräche und politischer Appelle war das Land Brandenburg nicht bereit, die Finanzierung zu übernehmen. Das ist ein schwerer Einschnitt: Für Menschen, die Diskriminierung etwa wegen Behin-

derung, Geschlecht, Alter, Religion oder sexueller Identität erleben, gibt es nun kein spezialisiertes Beratungsangebot mehr, unser Beratungsangebot ist wieder auf Fälle rassistischer Diskriminierung beschränkt. Engagierte Kolleg*innen mussten uns verlassen. Ihr Weggang ist fachlich und menschlich ein großer Verlust. Gleichzeitig gilt: Wir beraten weiter. Menschen, die rassistische Diskriminierung erleben, können

sich weiterhin an uns wenden. Möglich ist dies durch Mittel der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam. Wir bleiben also ansprechbar, unterstützen Ratsuchende und setzen uns auch weiter dafür ein, dass Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg künftig wieder für alle Diskriminierungsmerkmale möglich wird.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

SPENDENKONTO

Sozialbank

IBAN: DE38370205000003813100

BIC: BFSWDE33XXX

Betreff: Antidiskriminierung

Paypal: info@opferperspektive.de

KONTAKT

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG BRANDENBURG

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam

Tel: +49 (0)331 581 076 76

antidiskriminierung@opferperspektive.de

www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

Redaktion: Robin Herz



Solidarisch gegen Rassismus,
Diskriminierung & rechte Gewalt e.V.



Gefördert von der Integrationsbeauftragten des
Landes Brandenburg aus Mitteln des Ministeriums für
Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
Zusammenhalt (MASGZ)



Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und
gesellschaftlichen Zusammenhalt